

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **165 (1999)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Österreich

Manöver der 3. Panzergrenadierbrigade

Vom 14. bis 21. Mai fanden im südlichen Burgenland und in der Oststeiermark die Manöver «Smaragd 99» des österreichischen Bundesheeres statt. Beteiligt war primär die 3. Panzergrenadierbrigade mit rund 7500 Soldaten sowie insgesamt 25 Panzer «Leopard 2», 250 Schützenpanzern sowie 12 Panzerhaubitzen M-109. Die 3. Brigade hat ihr Kommando in Mautern/Donau, Niederösterreich; die übrigen Übungsteilnehmer waren je nach Bedarf aus verschiedenen Verbänden und Dienststellen aus dem ganzen Land zusammengezogen worden.

Vorgängig wurde das beteiligte Gerät im Umfang von rund 1000 Tönen mit 35 Sonderzügen ins Übungsgelände transportiert. Angenommen wurde ein Konflikt zwischen zwei fiktiven Nationen im Osten Österreichs, wobei es für die beteiligten Truppen des Bundesheeres darum ging, die Verteidigung im grenznahen Raum zu üben. Mit Simulationssystemen und einem dichten Netz von Manöverschiedsrichtern wurden möglichst realistische Abläufe der einzelnen Gefechtsphasen simuliert. Gemäss dem Kommandanten der 3. Panzergrenadierbrigade hat für das Bundesheer die Verteidigung im grenznahen Raum weiterhin oberste Priorität. Künftig soll die Brigade auch an friedenssichernden und humanitären Einsätzen im Ausland teilnehmen. Zu vermerken ist, dass gleichzeitig mit dieser Grossübung nur wenige hundert Kilometer südlich des Manövergeländes der Krieg in Kosovo im Gange war.

Die Manöver «Smaragd» wurden in Österreich auch dazu genutzt, erstmals die Leistungsfähigkeit des in Einführung stehenden Kampfpanzers «Leopard 2» einer breiteren Öffentlichkeit zu demonstrieren. Bekanntlich ist Österreich daran, insgesamt 115 Liquidationspanzer «Leopard 2» aus der niederländischen Armee zu günstigen Bedingungen einzuführen. Zu diesem Zweck fand in Hohenbrugg ein Gefechtsschiessen statt, an dem nebst den neuen Panzern auch die von Deutschland übernommenen Jagdpanzer im scharfen Schuss vorgeführt wurden. Zum Abschluss der Übung fand am 21. Mai in Fürstenfeldbruck ein Vorbeimarsch der beteiligten Brigade statt. hg

Zu den laufenden Einsätzen des Bundesheeres

Österreich wird der internationalen Friedenstruppe im Kosovo (KFOR) rund 500 Mann zur Verfügung stellen. Zusammen mit Schweden und Finnland, die je ein mechanisiertes Bataillon stellen sowie der Schweiz, werden damit die neutralen Staaten Europas rund 2200 Soldaten an die Operation «Joint Guardian» abkommandieren.

Mit dem neusten Einsatz stösst auch das österreichische Bundesheer an die Grenze der Belastbarkeit. Immerhin ist festzuhalten, dass nebst dem Kosovo-Engagement noch folgende Einsätze im Gange sind:

- Humanitäre Hilfeleistung durch Kontingent ATHUM in Albanien, das immer noch rund 300 Mann umfasst;

Einheit	Stärke max.	Abmarschbereitschaft	Einsatzdauer
1 Katastrophenhilfe-einheit (AFDRU)	195 Personen	12 Stunden	14 Tage
1 Feldspital (50 Betten)	181 Personen	14 Tage	3 Monate
1 Fliegereinheit (4 Heli, 2 Flugzeuge)	65 Personen	14 Tage	3 Monate
1 Pioniereinheit	159 Personen	14 Tage	3 Monate
Experten (z. B. Ausbilder für Minenräumaufgaben), Logistik- und Führungsteile	128 Personen	14 Tage	3 Monate

Bemerkung:

Einheiten des österreichischen Bundesheeres, die für humanitäre Aktionen und Katastrophenhilfe bereitstehen.

- Logistikunterstützung durch Detachment HELBA bei der SFOR in Bosnien-Herzegowina mit etwa 200 Soldaten;

- Überwachungsdetachement zugunsten UNFICYP auf Zypern mit einem Bestand von etwa 300 Mann;

- Assistenzeinsatz zur Überwachung der Grenze im Burgenland, der weiterhin rund 2000 Mann bindet.

Mit «Vorbereiteten Einheiten» (sogenannten VOREIN) will das österreichische Bundesheer künftig im Stande sein, sowohl für PSO als auch für Internationale Humanitäre Aktionen und Katastrophenhilfe (IHKH) die richtigen Kräfte bereitzustellen. Insgesamt stehen im Rahmen des Konzeptes VOREIN 2484 Personen für internationale Einsätze zur Verfügung. hg

Deutschland

Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Anfang Mai 1999 wurde die Bestandaufnahme zur Lage der Bundeswehr (siehe auch ASMZ 5/1999, Seite 55/56) veröffentlicht.

Dieser Bericht und die Erkenntnisse des Bundesministers der Verteidigung aus den Tagungen der letzten Monate fügen sich zu einem Bild zusammen, das die Notwendigkeit für kurzfristiges Handeln aufzeigt.

Vor allem müssen Umfang und Zusammensetzung der KRK (Krisenreaktionskräfte) alsbald angepasst werden. Das Heer stellt unterdessen gegen 13 000 Soldaten für den Einsatz im ehemaligen Jugoslawien (SFOR und KFOR) bereit. Parallel wird eine gleiche Zahl von Soldaten für deren Ablösung vorbereitet und ausgebildet. Im Hinblick auf künftig erforderliche weitere Kontingentwechsel ist das Heer damit an der Grenze der Belastbarkeit angelangt. Als Folge sind negative Auswirkungen auf die Attraktivität des Dienstes, auf die Nachwuchslage und das innere Gefüge zu erwarten.

Umfang und Zusammensetzung der KRK müssen daher noch im Rahmen der bestehenden Struktur angepasst werden. Dabei sind besonders Führungs- und Fernmeldekräfte, Aufklärung, Logistik und der Sanitätsdienst zu verstärken. Die entsprechenden Untersuchungen hierzu sind im Heer abgeschlossen. Die erforderlichen organisatorischen Massnahmen sollen noch in diesem Jahr getroffen werden.

Die ohnehin durch eine unausgewogene Altersstruktur und ein deutliches Fehl an Unteroffizieren gekennzeichnete Personallage in den Streitkräften wird durch rückläufige Bewerberzahlen weiter belastet. In der Konkurrenz mit dem zivilen Arbeitsmarkt muss die Bundeswehr deshalb neue Wege zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses gehen. Neben materiellen Anreizen gewinnt dabei ein noch attraktiveres Angebot zivilberuflich nutzbarer Ausbildung in Kooperation mit der zivilen Wirtschaft zentrale Bedeutung.

Die bestehende Führungsorganisation hat in allen bisherigen Einsätzen eine durchgehende Führung der deutschen Kon-



Kampfpanzer «Leopard 2» des österreichischen Bundesheeres.



Deutsche Bundeswehrsoldaten in Kosovo (Bild: Aufklärungsschützenpanzer «Luchs»).

tingente gewährleistet. Künftig wird der gemeinsame Einsatz von Soldaten mehrerer Teilstreitkräfte zum Regelfall. Hinzu kommt, dass in der neuen NATO-Kommandostruktur die Fähigkeit zum Einsatz europäischer Kräfte unter dem Dach der WEU angelegt ist. Zu ihrer Nutzung im Einsatz bedarf es nationaler Fähigkeiten zur Führung von Truppen aller drei Teilstreitkräfte. Dies erfordert die Entwicklung einer streitkräftegemeinsamen Führungsorganisation, die ihre Aufgaben effizient und über kurze Kommandowege erfüllen kann.

Allen europäischen Partnern fehlt derzeit die Fähigkeit zum weitreichenden und leistungsfähigen Lufttransport. Dazu sollte ein gemeinsames europäisches Lufttransportkommando, das die verfügbaren Mittel zum Nutzen aller konzentriert, als folgerichtiger Schritt auf dem Wege zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO aufgebaut werden. Der Bedarf für ein leistungsfähiges Transportflugzeug kann durch das Projekt Future Transport Aircraft (FTA) gedeckt werden, für das sich bereits eine europäische Beschaffungslösung abzeichnet.

Ein weiteres Defizit aller europäischen Partner liegt in der strategischen Aufklärungsfähigkeit. Diese Lücke ist insbesondere während des Einsatzes im ehemaligen Jugoslawien deutlich hervorgetreten. Das Defizit kann entweder durch Zusammenarbeit mit den USA unter Nutzung dort bereits verfügbarer Mittel oder durch eine gemeinsame europäische Lösung behoben werden.

Zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsidentität im Bündnis sollten Lufttransport und Aufklärungsfähigkeit möglichst in gemeinsamer europäischer Anstrengung und in Ergänzung zu den amerikanischen Fähigkeiten aufgebaut werden. Dies kann für alle europäischen Partner zugleich auch die wirtschaftlichste Lösung sein. Deutschland bringt bereits heute seine wettbewerbsfähigen Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten in gemeinsamen Rüstungsvorhaben wie den Unterstützungshubschrauber TIGER und das GTK ein. Auch künftige Projekte sind mit der Zielsetzung vertiefter europäischer Rüstungskoooperation zu gestalten.

Sowohl für den Erwerb neuer Fähigkeiten als auch für eine umfassende Modernisierung der KRK ist keine ausreichende finanzielle Vorsorge getroffen. Dafür notwendiger finanzieller Gestaltungsspielraum kann nur durch eine umfassende Überführung und Neubewertung der gesamten Rüstungsplanung geschaffen werden.

Unterdessen hat in Deutschland die vom Verteidigungsminister eingesetzte Kommission «Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr» ihre Arbeit aufgenommen. Als Vorsitzender dieser Kommission mit 21 Mitgliedern amtiert der frühere Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker. hg

Wechsel bei der führenden deutschen Generalität

Auf den zwei Spitzenpositionen, die durch deutsche Generale besetzt werden können, hat es Veränderungen gegeben. General Hans-Peter von Kirchbach ist Generalinspekteur der Bundeswehr geworden; General Klaus Naumann als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses ist durch den italienischen Admiral Guido Venturoni abgelöst worden. General von Kirchbach wurde, noch bevor er Kommandierender General des IV. Korps in Potsdam wurde, schon als designerter Generalinspekteur und erster Berater des Verteidigungsministers vorgestellt. General v. Kirchbach hat sich bei der Überschwemmungskatastrophe an der Oder, damals als Divisionskommandeur und Leiter der Bundeswehreinsatzkräfte, bewährt. Er ist hierdurch einem breiten Kreis der Bevölkerung bekannt und vertraut geworden. Als

Nachfolger des bisherigen Generalinspektors, General Bagger, übernimmt er vor allem wegen der Beteiligung deutscher Soldaten am KFOR-Einsatz in Jugoslawien und mit starken Verbänden im humanitären Einsatz in Bosnien, Albanien und Mazedonien, eine besondere Verantwortung. Aber auch die Gesamtsituation der Streitkräfte stellt den neuen Generalinspekteur vor schwierige Fragen.

Die Ablösung von General Naumann ist in dieser Situation schwer zu verstehen. Nach deutschem Dienstrecht hat er zwar die Altersgrenze von 60 Jahren erreicht, aber international gelten diesbezüglich unterschiedliche Richtlinien. Sein Nachfolger ist ein paar Jahre älter. Der frühere Generalinspekteur hat sich in seiner Stellung als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in drei Jahren höchstes Ansehen erworben. Naumann verband politisches und militärisches Denken im hohen Masse. Darum war er an der Nahtstelle

zwischen politischer und militärischer Planung geradezu eine Idealbesetzung. Im Kosovo-Konflikt zeigte er den Politikern die Möglichkeiten, aber auch die Risiken eines Militäreinsatzes deutlich auf. Schon in seinen Positionen auf der Hardthöhe erwies er sich als hervorragender militärstrategischer Planer, der klare Worte liebte und gebrauchte. Unvergessen sind die mit genauen Detailangaben untermauerten militärpolitischen Ratschläge, die er beim Gipfeltreffen zwischen Kohl und Gorbatschow dem damaligen Bundeskanzler gab. Sie sollen der Anstoss für die Zustimmung Gorbatschows nicht nur zur Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch späteren NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands und zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland gewesen sein. Seine Offenheit und Standpunktstreue hat ihn als Generalinspekteur zuletzt in Gegensatz zu Verteidigungsminister Rühle gebracht. Tp.

Ungarn

Ungarns Beitrag zur Lösung der Kosovokrise

Die Teilnahme Ungarns an den am 24. März gegen Restjugoslawien begonnenen NATO-Luftoperationen war aus folgenden zwei Gründen von Bedeutung:

- Die direkte Nachbarschaft zu Jugoslawien,
- die Tatsache, dass im Norden Jugoslawiens (Vojvodina) eine ungarische Bevölkerung lebt.

Auf Ansuchen des NATO-Rates stellte das Budapester Parlament in einem Beschluss am 24. März 1999 das ungarische Territorium sowie den

Luftraum für die Operation «Allied Force» zur Verfügung. Gleichzeitig brachte die Regierung Ungarns klar zum Ausdruck, dass keine ungarischen Kampftruppen für NATO-Aktionen zur Verfügung gestellt werden können und ab ungarischem Territorium allfällige Einsätze von NATO-Bodentruppen ausgeschlossen werden. Ungarn unterstützt andererseits seit Beginn der Aktionen die humanitären Hilfeleistungen in Albanien (Operation Allied Harbour), wobei vorerst ein Sanitätsdetachment zum Einsatz gelangte. Diese Einheit umfasst 11 Offiziere, darunter 7 Ärzte und 24 Unteroffiziere so-



Ungarische Genieeinheit SFOR (Bild: Pantonebrücke PMP).

wie eine Anzahl Hilfspersonal für Logistik.

Zwecks Intensivierung der Luftschläge begann die NATO Anfang Juni mit der Stationierung von Maschinen auf ungarischen Flugplätzen, bis dahin starteten die über dem ungarischen Luftraum patrouillierenden NATO-Flugzeuge von italienischen Basen. In der Folge waren immer zirka 20 KC-135 Tankerflugzeuge und 21 A-10 «Thunderbolt», die zur Vernichtung von Panzern verwendet werden, auf dem Flughafen Budapest-Ferihegy bzw. 24 F-18 in Tazár stationiert. Ab etwa Ende Mai nahmen die in Ungarn stationierten F-18 aktiv an den NATO-Operationen in Jugoslawien teil.

Da Ungarn der einzige NATO-Staat mit Landgrenze zu Jugoslawien ist, wurde primär mit Schnelleingreiftruppen der Polizei und Grenzschutz der Grenzabschnitt verstärkt. Teile der ungarischen Honvéd-Armee wurden vom Generalstab in höhere Alarmbereitschaft versetzt, doch blieben die Truppen in ihren Kasernen, wo sie die routinemässige Ausbildungsarbeit fortsetzten. Im Mai fand planmässig der Austausch der Präsenzdiener statt. Budapest möchte es auf jeden Fall vermeiden, dass bedeutendere Truppenbewegungen der ungarischen Streitkräfte seitens Belgrad als Aggression ausgelegt werden. Während des Konfliktes war eine Aktivierung des serbischen Nachrichtendienstes in Ungarn zu verzeichnen. Zudem wurde von jugoslawischer Seite mit der Vorbereitung von Verteidigungsstellungen begonnen.

Neben der Nachbarschaft zeigt auch der Ballast der Geschichte der vergangenen ein- einhalb Jahrhunderte klar die Grenzen einer ungarischen militärischen Teilnahme an den NATO-Aktionen auf. Vor allem musste eine direkte Konfrontation mit den eingezogenen jugoslawischen Soldaten ungarischer Nationalität vermieden werden. Daher möchte die ungarische Honvéd-Armee nach Wiederherstellung des Friedens im Kosovo auch nur – wie in Bosnien – am Wiederaufbau mit einem Pionierbataillon teilnehmen. Ferner könnte die im Rahmen der Aktion «Allied Harbour» von Ungarn in Albanien stationierte militärische Sanitätseinheit in den Kosovo verlegt werden.

Zu einer deutlichen Abkühlung in den ungarisch-russischen diplomatischen Beziehungen

kam es anlässlich der als Test angesehenen russisch-weissrussischen Hilfslieferungen. Am 10. April erreichte gemäss vorangegangener Vereinbarung ein Konvoi von 65 Fahrzeugen die ungarische Grenze. Die ungarische Zollwacht stellte bei der Kontrolle der Lieferung fest, dass einerseits gepanzerte Transportfahrzeuge, die unter das Waffenembargo fallen, sowie Treibstoff in grösserer Menge zu finden waren. (Nach der Ansicht von Fachleuten in Budapest wollte die russische Führung mit diesem Versuch testen, ob Treibstoff und Kriegsmaterial über Ungarn nach Serbien geliefert werden kann.) Ausser den neun beanstandeten Fahrzeugen konnte der Transport seine Fahrt fortsetzen. Als Antwort auf die ungarische «Provokation» wurde der russische Botschafter in Budapest zu Konsultationen bestellt und der Besuch des ungarischen Aussenministers János Martonyi in Moskau Ende Mai abgesagt.

Nach der Bewertung der ungarischen Diplomaten soll die NATO-Mitgliedschaft die Sicherheit Ungarns erhöht haben – wie dies auch der Gipfel in Washington bestätigte.

Mit dem Beitritt Ungarns zum südlichen Flügel der NATO wurde eine grundlegend neue geopolitische Situation geschaffen. Ungarn hat in dieser Region lebhafte Interessen und ist gewillt, am demokratischen Wandel, beim Übergang zur Marktwirtschaft, bei der Stärkung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen, Durchsetzung der Minderheitenrechte und Förderung der Integrationsbestrebungen der Staaten dieser Region mitzumachen. Ungarn begrüsst den Plan eines Fonds zum Wiederaufbau Südosteuropas und möchte gemäss seinen Möglichkeiten durch Anreize für ungarische Unternehmen dazu beitragen, dass die Infrastruktur der Region wiederhergestellt wird. Ferner ist Budapest der Ansicht, dass es aufgrund seiner geographischen Lage und seiner entwickelten finanziellen Infrastruktur einen geeigneten Sitz für die den Wiederaufbau koordinierende internationale Institution darstellen könnte.

Der Kosovo-Friedenstruppe (KFOR) wird Ungarn rund 350 Mann zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um Unterstützungstruppen (Logistik, Genie), die der britischen Brigade unterstellt werden. L.K.

NATO

Zum Einsatz der Kosovo Force (KFOR) (Operation Joint Guardian)

Nachdem am 8. Juni 1999 die jugoslawische Regierung den Festlegungen der G-8-Staaten nachgegeben hatte, erfolgte einen Tag später die Unterzeichnung eines militärtechnischen Abkommens zwischen Vertretern der multinationalen Friedenstruppe sowie Offizieren des jugoslawischen Generalstabes. Nach über 11 Wochen erfolgte darauf die Einstellung der NATO-Luftangriffe, die u.a. rund 10000 Waffeneinsätze gegen militärische und strategische Ziele auf jugoslawischem Territorium umfasste. Offensichtlich hatte die militärische Zermürbungsstrategie zusammen mit den politischen Bemühungen schlussendlich die jugoslawische Führung zum Einlenken gezwungen. Allerdings war damit das Ziel der NATO – nämlich die Rückführung der kosovo-albanischen Bevölkerung zu ermöglichen – noch nicht erreicht.

Nach Abschluss einer UNO-Resolution wurde mit der Operation «Joint Guardian», verbunden mit dem Einsatz einer umfangreichen internationalen Kosovo-Schutztruppe (KFOR), der zweite Teil in Angriff genommen. Die Vorbereitungen für diese KFOR erfolgten bereits im Verlaufe des Monats Mai, wobei vor allem in Mazedonien die Präsenz von NATO-Truppen laufend erhöht worden ist. Daraus wurden in der Folge die 5 multinationalen Brigaden (unter französischer, britischer, italienischer, deutscher und US-Führung) gebildet, die die Hauptkräfte der Kosovo-Friedenstruppe darstellen. Jede dieser Brigaden verfügt im wesent-



Entmilitarisierung der UÇK ist mit Problemen verbunden.

lichen über zwei verstärkte mechanisierte oder Fallschirmjägerbataillone sowie ein starkes Genieelement. Trotz Unstimmigkeiten mit den russischen Militärvertretern wurde am 12. Juni 1999 der Start für die Operation «Joint Guardian» eingeleitet. Der Gesamtbestand der KFOR, der aber erst im August erreicht sein wird, soll gegen 50000 Mann betragen. Bereits bei den Planungen wurde zudem festgehalten, dass die USA höchstens 15% des Gesamtbestandes stellen werden. Zwecks Sicherung der Lage in Albanien wurden bisher die vier AFOR-Bataillone (Operation Allied Harbour) an ihren Standorten belassen.

Zum Auftrag der KFOR

Bereits im militär-technischen Abkommen, das am 9. Juni 1999 zwischen der KFOR (vertreten durch den britischen



Bereitstellung der KFOR in Mazedonien (Bild: Detachement der US Army).

Militärische Beteiligung an KFOR (gemeldete Bestände)

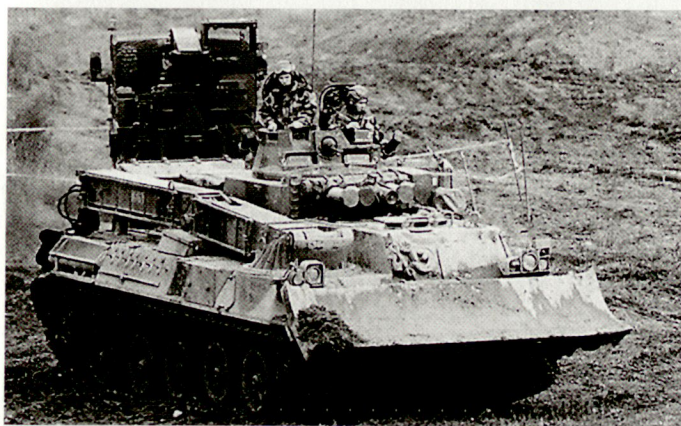
NATO-Staaten		Neutrale Staaten	
Grossbritannien	13000	Schweden	800
Deutschland	8500	Finnland	800
Frankreich	7000	Österreich	500
USA	7000	Schweiz	160
Italien	6000		
Niederlande	2000		
Spanien	1200		
Norwegen	1200		
Griechenland	1200		
Kanada	1200		
Belgien	1100		
Dänemark	800		
Polen	800		
Tschechien	700		
Ungarn	350		
Portugal	300		
		Andere Länder	
		Russland	3600
		Ukraine	1400
		Arabische Emirate	1400
		Argentinien	550
		Rumänien	250
		Bulgarien	100
		Baltische Staaten	(je) 20 bis 30

General Jackson) und Vertretern des jugoslawischen Generalstabes abgeschlossen wurde, sind für die Schutztruppe in Kosovo folgende Aufgaben festgehalten:

- Durchsetzung des Waffenstillstandes,
- Kontrolle des Rückzuges sämtl. jugoslawischer Kräfte,
- Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung,
- Grenzüberwachung und -kontrolle,
- Entmilitarisierung der UÇK,
- Sicherung eigener Truppen und ziviler Personen und Organisationen im Raum,
- allgemeine humanitäre Unterstützung (insbesondere Minenräumung, Instandsetzung von Verkehrswegen und Infrastruktur usw.).

Beim Einmarsch der KFOR waren zu Beginn vor allem Luftlande- und Spezialtruppen sowie starke Kampfseinheiten aus Grossbritannien, Frankreich und den USA beteiligt. Dabei zeigten sich folgende Hauptprobleme und Gefahren:

- eine weit verbreitete Gefahr durch Minen, Sprengstoff-Fallen in Gebäuden und an Brücken, wobei ein grosser Teil vorhandener Minenfelder von den jugo-



Französischer Geniepanzer.

slawischen Militärs vorgängig nicht angegeben worden waren; ■ die grosse Zahl vorhandener Blindgänger, d.h. nicht explodierter Bomben, Bomblets und Gefechtsköpfe von Lenkwaffen, die aus der Luftkriegsphase der NATO stammen;

- gewisse Schwierigkeiten bei der Entmilitarisierung resp. Entwaffnung der UÇK;
- eine starke Behinderung durch vorhandene Zerstörungen bei den Verkehrswegen (Strassen, Brücken usw.).

Bisherige Erkenntnisse

Dank der optimalen Vorbereitung auf NATO-Seite (insbesondere durch die frühzeitige Dislozierung und Vorbereitung der Hauptkräfte in Mazedonien) kann der bisherige Verlauf der Operation als Erfolg bezeichnet werden. Schwierig gestaltete sich teilweise die Integration von Truppeneinheiten aus Staaten, die erstmals an einer internationalen Mission teilnehmen. Von grosser Bedeutung war die vorgängige lückenlose Aufklärung insbesondere auch bezüglich Verminungen und Zerstörungen, die mit den unterschiedlichsten Mitteln erfolgte. Im Verlaufe der Opera-

tion sind bisher folgende Hauptbedürfnisse aufgetreten:

- vielfältig einsetzbare Pionier- resp. Geniegeräte und Baumaschinen;
- Mehrzweckhelikopter, die sich für jede Art von Unterstützung eignen;
- leistungsfähige Transport- und Logistikmittel;
- geeignetes Personal für die immer wichtiger werdende CIMIC (Civil-Military-Cooperation), für die Besetzung von Pressezentren;
- ausgebildete sprachgewandte Nachrichten- und Verbindungs-offiziere für die Kontakte im internationalen Rahmen und die Betreuung von Regierungs- und Pressevertretern usw. hg



Italienischer Minenspürtrupp.

USA

Flab-Lenkaffen «Stinger» sind weltweit gefragt

Angeblich wurden zu Beginn des letzten Kaschmir-Konfliktes im Mai 1999 zwei indische Kampfflugzeuge durch pakistanische Einmann-Flablenkaffen «Stinger» abgeschossen. Die USA haben in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass aufgrund des weltweiten Interesses an Lenkwaffen «Stinger» eine strikte Kontrolle unumgänglich sei und die Kontrollmassnahmen verstärkt werden sollen. Im Vergleich zu anderen schultergestützten Flab-Lenkaffen (MANPADS) aus russischer, chinesischer oder anderer Produktion scheinen Stinger-Lenkaffen immer noch am leistungsfähigsten zu sein. Zudem sind die Waffen relativ billig zu haben; auf dem Schwarzmarkt soll heute der Preis pro System zwischen 50000 und 80000\$ betragen, wobei vor allem Terroristen- und Guerillagruppierungen daran interessiert sind.

Seit deren Entwicklung Ende der 70er Jahre wurden Einmann-Flabsysteme «Stinger» an rund 24 Staaten weitergegeben; entweder durch die USA verkauft oder durch Lizenznehmer (beispielsweise in Europa) selber gefertigt. Während des Afghanistankrieges haben die USA in den 80er Jahren rund 900 Abschussgeräte zusammen mit einer grossen Zahl von Lenkflugkörpern an die damals gegen die Russen kämpfenden Guerillas (Mujaheddin) geliefert. Ein unbekannter Teil dieser Waffen ist darauf allerdings auf dem illegalen Schwarzmarkt

verschwunden, wobei u.a. auch Pakistan, der Iran sowie einige islamische Gruppierungen davon profitiert haben sollen. Unterdessen soll die CIA bereits mehr als 55 Mio. US \$ ausgegeben haben, um die im Umlauf befindlichen unkontrollierten «Stinger» zurückzukaufen.

Die schultergestützte Version der «Stinger» wurde durch die US-Army bei der Invasion in Grenada erstmals in einem militärischen Konflikt eingesetzt. In der Zwischenzeit sind andere Versionen und Abschussvorrichtungen für «Stinger»-Lenkwaffen entstanden: Das US-Heer setzt unterdessen «Stinger» auch als Luft-Luft-Bewaffnung ab Kampfhelikopter ein, und der Hersteller Raytheon präsentierte kürzlich eine neue Zwillings-Abschussvorrichtung, ausgerüstet mit modernen Ziel- und Beobachtungsgeräten, die einen erweiterten Einsatz der «Stinger» ermöglichen soll. hg



Zwillings-Abschussvorrichtung für die Flab-Lenkaffe «Stinger».